

The logo for the Student Council of Gießen (SSR GIEßEN) is centered on a white background with a repeating chevron pattern. The letters 'SSR' are in a large, bold, black sans-serif font. Below them, the word 'GIEßEN' is written in a bold, red sans-serif font. Underneath 'GIEßEN', the text 'DER STADTSCHÜLERRAT' is written in a smaller, black, all-caps sans-serif font.

SSR
GIEßEN
DER STADTSCHÜLERRAT

#Landtagswahlen2018

**WAS VERSPRECHEN
DIE PARTEIEN IN DER
BILDUNGSPOLITIK?**

FIND UNS IM NETZ:



/ssrgi



@ssrgiessen



@stadtvorstand

V.i.S.d.P.
Stadtschülerrat Gießen
Vorsitzender Martin Klein
Georg-Schlosser-Straße 16
35390 Gießen
Tel: 0641-3063167
Fax: 0641-3063168
Email: kontakt@ssr-giessen.de

Der Stadtschülerrat erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit der aufgelisteten Forderungen. Alle Inhalte sind den genannte Quellen entnommen.

Quellen:

<https://www.cduhessen.de/data/documents/2018/09/17/279-5b9f76c1c552f.pdf>
https://www.spd-hessen.de/wp-content/uploads/sites/269/2018/09/SPD_Regierungsprogramm_12092018.pdf
<https://www.gruene-hessen.de/partei/files/2018/09/Regierungsprogramm-2018-Web.pdf>
<https://wahl2018.die-linke-hessen.de/wp-content/uploads/2018/08/Wahlprogramm-2018-Webausgabe-DIE-LINKE-Hessen.pdf>
https://www.afd-hessen.org/wp-content/uploads/2018/09/2018-08-23_LTW-HESSEN_FINAL_WEB.pdf

SSR
GIEßEN
DER STADTSCHÜLERAT

VORWORT

Liebe Mitschülerinnen und Schüler,

Am 28. Oktober sind Landtagswahlen. Diese betreffen uns persönlich sehr, denn sie entscheiden über die Bildungspolitik der nächsten fünf Jahre hier in Hessen. Wir, als Stadtschülerrat, haben es uns deshalb zur Aufgabe gemacht, die Positionen der Parteien zu den verschiedenen Themen zu sammeln und euch in dieser Broschüre vorzustellen. Das Ganze soll dabei natürlich auf der einen Seite eine Entscheidungshilfe für die unter euch werden, die bereits wählen dürfen, auf der anderen Seite wollen wir damit aber auch deutlich machen, welche Forderungen nach den Wahlen umgesetzt werden müssen, damit die Inhalte der Wahl- und Regierungsprogramme nicht vergessen werden. Außerdem wollen wir mit diesem Flyer daraufhinweisen, dass es durchaus Unterschiede zwischen den Parteien gibt und es wichtig ist sich Gedanken zu machen, welche Parteien die eigene Meinung am besten vertreten. In diesem Sinne wünschen wir euch viel Spaß beim Lesen. Wir zwar nicht unsere Meinung zu den verschiedenen Parteien zu äußern, jedoch spricht die „Fülle an Ideen“ einiger Parteien sehr für sich. Falls ihr bereits wahlberechtigt seid: Geht wählen und macht euch Gedanken welche Partei ihr wählt, damit eure Stimme nicht verloren geht.

Freundliche Grüße,

Martin Klein
Stadtschulsprecher

WAS VERSPRICHT DIE CD DER BILDUNGSPOLITIK?

- Investitionen in mehr Lehrstellen, auch wenn derzeit schon genug vorhanden sind
- Inklusion soll mit „Augenmaß und nicht mit der Brechstange“ geschehen. (Begriffserklärung, siehe letzte Seite)
- Ganztagschulen weiter ausbauen, aber nicht verpflichtend machen
- Hessische Schulen über einen „Hessischen Digitalpakt Bildung“ mit freiem WLAN, schnellerem Internet und besseren Geräten versorgen
- Digitale Bildung weiter ausbauen.
- Deutsch soll „Schulhofsprache“ sein.
- Die Methode „Schreiben nach Gehör“ soll abgeschafft werden.
- Akademische und berufliche Bildung sollen gleichgewichtet werden.
- Beibehaltung des Schulsystems aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium
- Keine Veränderungen in der Struktur der weiterführenden Schule
- Eine Stunde mehr Mathe und Deutsch in der Grundschule
- Grundschulempfehlungen sollen weiterhin ausschlaggebend sein, auf welche weiterführende Schule man geht
- Stärkung des Abitur und mehr internationale Vergleichbarkeit
- Wiedereinführung der 3. Fremdsprache als Wahlpflichtfach



- Mehr Kooperationen zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen
- Digitale Bildung im Lehrplan verankern und entsprechende Grundlagen im Lehramtsstudium und an den Schulen schaffen
- Fach Informatik stärken
- Mehr individuelle Förderung von Schüler/-innen
- Klassenkonferenz soll sich für verpflichtende Förderkurse für Schüler/-innen aussprechen können
- Politische Bildung und Wertevermittlung stärken
- Notorische Schulschwänzer beim Jugendamt melden
- Familienklassen, bei denen Elternteile einmal die Woche mit ihren Kindern an der Schule teilnehmen sollen getestet werden
- Bilingualen Unterricht ausweiten
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Jugendoffizieren der Bundeswehr
- Lehrerberuf attraktiver machen und Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entbinden
- Berufliche Bildung stärken

WAS VERSPRICHT DIE SSR DER BILDUNGSPOLITIK?

- Mehr rhythmisierte Ganztagschulen (rhythmisiert: Unterricht und Freizeit über den Tag verteilt)
- Längeres gemeinsames Lernen, etwa durch eine Verlängerung der Grundschulzeit
- Schulsozialarbeit an allen Schulen verankern
- Individuell zugeschnittene Förderung von Schüler/-innen und jahrgangsübergreifendes Lernen fördern.
- Mehr politische Bildung
- Wechsel in eine bessergestellte Bildungsform vereinfachen
- Besondere Begabungen vermehrt fördern
- Verlassen der weiterführenden Schule nur mit Abschluss
- Schulformempfehlungen durch aussagekräftigere Abschlusszeugnisse ersetzen, in welchen auch die Kompetenzen der Schüler/-innen aufgelistet sind.
- Wohnortnahes Lernen durch den Erhalt kleinerer Schulstandorte
- Mittagessen an Schulen gesünder und billiger machen.
- Langfristig ist ein kostenloses gesundes Essen das Ziel.
- Prävention und Opferschutz bei Mobbing und sexueller Gewalt deutlich stärken
- Zwangsabstiege und Sitzenbleiben schrittweise abschaffen.
- Modularisierung der Oberstufe: Den Schüler/-innen die Freiheit geben, ob man nach zwei, drei oder vier Jahren sein Abitur macht.
-

- Bessere Vorbereitung auf die nachschulische Lebenswelt mit besserer Berufsorientierung
- Bessere Koordination der Inklusionsarbeit mit einem „Masterplan Inklusion“
- Deutlicher Ausbau im Bereich Digitalisierung, sowohl bei der Bereitstellung von Lehrinhalten, als auch bei der Wartung von Geräten.
- Lehrkräfteengpässe sollen durch bessere Fort- und Ausbildung sowie bessere Bezahlung beendet werden.
- Entlassungen von Lehrer/-innen während den Sommerferien beenden und Einstiegsgehalt auf A13/E13 erhöhen.
- Gleiche Stimmenverteilung für Lehrkräfte, Eltern und Schülervertreter in der Schulkonferenz
- Islamunterricht beibehalten.
- Schulen besser ausstatten und Investitionsstau beenden.
- Kopierkosten und andere versteckte Kosten für Schüler/-innen abschaffen
- Werbeverbot an Schulen stärken.
- Recht auf schulische Bildung auch nach dem Schulabschluss.
- Ausbildungsgarantie: Jeder der eine Ausbildung antreten will, soll diese auch garantiert bekommen.
- Kostenübernahme vom Schülerticket auch in der Oberstufe.
- Alle Bildungsgänge gebührenfrei machen.
- Ausweitung des Schüler/-innen-BAföG

WAS VERSPRECHEN DIE IN DER BILDUNGSPOLITIK

- Kinder bis 10 Jahren einen problemlosen Übergang zwischen Krippe, Kita und Grundschule haben
- Erzieher/-innenausbildung weiter stärken, insbesondere in Bezug auf aktuelle Herausforderungen, wie sprachliche und interkulturelle Bildung
- stärkere Sprachförderung bereits in der Grundschule
- Kostenlose Kitaplätze ausweiten
- Qualität der Kinderbetreuung durch kleinere Gruppengrößen und eine verbesserte Erzieher/-innenausbildung verbessern
- Inklusion bereits im Kindergarten
- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Grundschüler/-innen
- Mehr Ganztagschulen mit rhythmisierten Abläufen (rhythmisiert: Unterricht und Freizeit über den Tag verteilt)
- Schulen in schwierigen Umfeldern besonders unterstützen
- Entlastung der Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten
- Entlassungen von Lehrer/-innen während den Sommerferien beenden und Einstiegsgehalt auf A13/E13 erhöhen.
- Mehr pädagogische Freiheit für Lehrkräfte, etwa durch zusätzliche schriftliche Beurteilungen von Lehrkräften in der Oberstufe
- Inklusion verstärkt fördern
- Neues Investitionsprogramm für Schulgebäude, insbesondere zur Ausbesserung der Schultoiletten

E GRÜNEN IK?



- Fortbildungen gegen Mobbing an die Schulen bringen
- Islamunterricht beibehalten
- Politische Bildung stärken und PoWi zu einem durchgängigen Fach machen
- Zwei Säulen Modell: Nur noch Gymnasium und Gesamtschule
- Berufliche Bildung stärken
- Digitalisierung in Lehrpläne einbinden und moderne Geräte etc. für Schulen bereitstellen
- Fake News, Cybermobbing usw. verstärkt thematisieren
- Mehr Praxis in das Lehramtsstudium bringen
- Regelmäßige Lehrerfortbildungen zur Qualitätsentwicklung

WAS VERSPRECHEN DIE IN DER BILDUNGSPOLITIK

- Mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit in hessischen Schulen
- Die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern verbessern
- Schulgebäude und Sportstätten gründlich und bedarfsorientiert sanieren.
- Echte Lernmittelfreiheit herstellen.
- Die Schule inklusiv und integrativ gestalten.
- Keine Privatisierung des Bildungssystems
- Bildung muss umfassend und bedarfsgerecht finanziert werden.
- Beitragsfreie hochwertige Kindertagesbetreuung garantieren.
- Kitas brauchen besseres ausgebildetes Personal.
- Vollständiges Abschaffen der Kitagebühren
- Mehr Kitaplätze erschaffen, für jedes Kind einen Betreuungsplatz garantieren.
- Jede Kita zu einer inklusiven Kita machen, an die auch beeinträchtigte Kinder gehen können
- Verschlechterungen durch das Kinderförderungsgesetz zurücknehmen.
- Bessere Arbeitsbedingungen durch mehr Personal und Kostenübernahme durch das Land
- Erzieher und Erzieherinnenberuf aufwerten, Gesundheitsschutz verbessern

E LINKEN IK?

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HESSEN

- Mehr Erzieherinnen und Erzieher ausbilden
- Neue Schulstruktur: Mehrgliedriges Schulsystem überwinden
- Ausbau von Ganztagschulen
- Mehr Lehrer und Lehrerinnen
- Schwimmunterricht in Grundschulen sicherstellen
- Kleine Schulen in ländlichen Räumen erhalten
- Schulsozialarbeit ausweiten
- Sprachliche Vielfalt fördern
- Hausaufgaben abschaffen
- Schülerinnen- und Schülervertreter stärken
- Politische Bildung aufwerten
- Schulen ohne Rassismus
- Berufsausbildung verbessern und Ausbildungsplätze schaffen
- Wohnraum für Auszubildende schaffen

SSR
GIEßEN
DER STADTSCHÜLERRAT

WAS VERSPRECHT DIE F DER BILDUNGSPOLITIK?

- Individuelle Förderung (besondere Begabung fördern)
- Flexible, transparente und bedarfsgerechte Verteilung von finanziellen Mittel im Bildungssystem
- Sprachförderung frühzeitig beginnen
- Vorlaufkurse einrichten (enge Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen)
- Schulen sollen die Organisation so gestalten, wie es den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entspricht
- Die Entscheidung über Verwendung der finanziellen Mittel sowie die Entscheidung über Personal soll bei Schulen liegen
- Zusammenarbeit mit multiprofessionellen Teams (z. B. Schulpsychologen oder Therapeuten)
- Gute Lehrerversorgung sicherstellen (105-Prozent-Garantie)
- Schulentwicklungsplan erstellen (marode Schulbauten, veraltete Gerätschaften und IT-Systeme modernisieren)
- Wahlfreiheit der Schule sowie Schulform
- Wettbewerbs- bzw. Standortnachteile beseitigen
- Aufhebung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen
- Schuleintritt soll einfacher, transparenter und aufeinander abgestimmt erfolgen
- Maßnahmenprogramm zur Anwerbung von Grundschullehrkräften
- genaueres Notensystem

- Berufsorientierungsberatungen an Schulen verstärken
- Themenschwerpunkte Wirtschaft und Finanzen im Unterricht mehr einbringen
- Abbrecherquote verringern
- Vergleichbarkeit der Abschlüsse
- Inklusion (inklusives Schulsystem) (Begriffserklärung siehe letzte Seite)
- Förderbedarfe im ausreichenden und qualitativ hochwertigen Rahmen
- Ganztagsangebote und Ganztagschulen erweitern und ausbauen
- Deutschförderung (gerade für Flüchtlinge als Hilfe zur Integration)
- Duale Ausbildung an Berufsschulen weiterhin fördern
- Fachklassen an beruflichen Schulen erweitern
- Duales Studium wird weiter gefördert
- Lehrkräfte entlasten
- Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte als Garant für Qualität
- Stärkung des Grundschullehramtes
- Digitalisierung sowie Modernisierung an Schulen
- Islamunterricht soll ausgeweitet werden
- Bekämpfung des Cybermobbings

WAS VERSPRECHT DIE A DER BILDUNGSPOLITIK?

- Leistungsorientierung und differenziertes Schulsystem
- Junge Menschen mit Beeinträchtigungen mehr unterstützen
- Autorität der Lehrkräfte und Schulleiter stärken
- Sexualunterricht ändern, um Kinder nicht zu früh mit Sexualität zu konfrontieren
- Islamunterricht wird abgelehnt.
- Widerruf der Unterrichtserlaubnis der islamischen Moschee-Verbände wie Ahmadiyya oder DITIB
- Die Autonomie der Hochschulen und Universitäten muss erhalten bleiben
- Schluss mit Gendern. (siehe letzte Seite)

AFD IN



SSR
GIEßEN
DER STADTSCHÜLERRAT

WAS HEISST EIGENTLICH...

... „**rhythmisierte Ganztagschule**“? - Eine Ganztagschule, bei der Unterricht und Freizeit (etwa Sportangebote oder längere Pausen) abwechselnd stattfinden. So soll die Produktivität und die Vereinbarkeit von Schule und Leben gefördert werden. An einer rhythmisierten Ganztagschule gibt es in der Regel keine Hausaufgaben. (siehe auch: Ganztagschulen nach Profil 3)

... „**Schreiben nach Gehör**“? - Wahrscheinlich die Art, auf die Ihr alle Lesen und Schreiben gelernt habt. Man schreibt zuerst wie man hört und berichtigt erst nach und nach die dabei entstehenden Fehler, bis schließlich keine mehr (in der Theorie) vorhanden sind.

... **Inklusion**? - Unabhängig davon, ob ein Schüler oder eine Schülerin eine Behinderung hat, soll er oder sie gemeinsam mit allen andere Schüler/-innen die gleichen Chancen in der Bildung erhalten.

... **Gendern**? - Gleichstellung von allen Geschlechtern in Wort und Schrift.

Bsw.: Schüler/-innen